

03.02.2009: Rede im Kreistag Demmin zum Haushaltsplanentwurf

Sehr geehrte Damen und Herren,

Finanzkrise war das Wort des Jahres 2008.

Früher nannte man das Misswirtschaft.

Diese Krise wird auch auf die kommunalen Haushalte durchschlagen.

Das ist sicher. Auch wenn der Landrat in seinem Bericht für 2008 noch eine positive Bilanz ziehen konnte.

Wenn wir uns die letzten Jahre schon genauer anschauen, so müssen wir feststellen, dass der Aufschwung um viele Städte und Gemeinden, vor allem in strukturschwachen Regionen wie unserer, einen Bogen gemacht hat.

Die Verwaltung hat in ihrem Vorbericht klar dargelegt, welche Aufgaben zu finanzieren sind.

Der Haushaltsentwurf zeigt auch im Detail auf, wofür die Mittel aus der Kreisumlage verwendet werden müssen.

Geldverschwendung können wir, weiß Gott nicht, erkennen.

Wir haben nun einmal die Unterschiede bei der Finanzierung der Kreise und Gemeinden.

Denn die so genannten Realsteuern, also die Grundsteuer A und B und die Gewerbesteuern stehen nur den Gemeinden zu.

Da die Landkreise selbst keine Steuern erheben, ist die Kreisumlage die einzige selbstbestimmte Finanzquelle.

Ursprünglich als subsidäres Deckungsmittel gedacht, ist die Kreisumlage inzwischen fester und bedeutender Bestandteil der Einnahmen in den Landkreisen.

Die Kreisumlage ist aber nicht beliebig strapazierbar, denn auch die kleineren Gemeinden sehen sich ihrerseits durch die Erhöhung der Kreisumlage in ihrer Finanzkraft besonders geschwächt und oftmals außer Stande, die eigenen Aufgaben eigenverantwortlich erfüllen zu können.

Wir verkennen nicht, dass einige Gemeinden härter betroffen sind als andere.

Aber: die Steuerkraft im Landkreis Demmin ist gesunken.

Das führt dazu, dass der Landkreis Demmin zwar höhere Schlüsselzuweisungen erhält, aber andererseits sinken natürlich die Umlagegrundlagen für die Kreisumlage.

Das heißt: der Kreis erhält trotz höherer Kreisumlage weniger Geld.

Meine Damen und Herren, wir dürfen daher uns daher nicht an den Prozentsätzen festhalten, sondern müssen uns die absoluten Zahlen genau ansehen.

Hier ist es unsere Verantwortung als Kreistag genau abzuwägen und verantwortlich zu

entscheiden.

Wir als Fraktion DIE LINKE halten eine Kreisumlage von 44% deshalb für vertretbar.

Wenn wir wollen, dass z.B. die Musikschulen des Landkreises weiter angemessen gefördert werden, können wir uns bei der Kreisumlage nicht verweigern.

Wenn wir wollen, dass der Kreissportbund weiterhin eine angemessene Förderung erhält, können wir uns bei der Kreisumlage nicht verweigern.

Wenn wir wollen, dass in den Städten und Gemeinden und den Schulen des Kreises Jugend- und Schulsozialarbeit weiter in hoher Qualität angeboten wird, können wir uns bei der Kreisumlage nicht verweigern.

Wenn wir wollen, dass die Qualität der Kreisstraßen erhalten bleibt, können wir uns bei der Kreisumlage nicht verweigern.

Wenn wir wollen, dass der Kommunal-Kombi endlich greift, gesetzlich fixierte Mindeststandards in der Jugend- und Sozialhilfe gewährleistet werden können, der ÖPNV ein flächendeckendes Angebot bereit hält, Museen unterstützt werden und vieles andere mehr im Kreis und durch den Kreis als Dienstleister für Städte und Gemeinden gewährleistet wird, können wir uns bei der Kreisumlage nicht verweigern.

Und: um einen weiteren Anstieg des Haushaltsdefizits des Kreises zu vermeiden, bleibt nur eine angemessene Erhöhung der Kreisumlage.

Das ergibt sich auch aus dem Finanzausgleichsgesetz, dass die Erhebung einer Kreisumlage vorschreibt, wenn die sonstigen Einnahmen des Kreises seinen Bedarf nicht decken.

Es gehört somit zur Verantwortung des Kreistages eine bedarfsgerechte Erhöhung der Kreisumlage positiv zu begleiten.

Natürlich kann ich jeden Kreistagsabgeordneten verstehen, der zugleich Bürgermeister oder Stadt- oder Gemeindevertreter ist, dass er bei der Erhöhung der Kreisumlage Bauschmerzen hat.

Gerade in einem Kommunalwahljahr.

Wir sind aber als Kreistagsabgeordnete jedoch per Handschlag durch den Kreistagspräsidenten dazu verpflichtet wurden, die Interessen des Kreises als Ganzes zu vertreten.

Dazu gehört auch, nicht leichtfertig an der Schuldenspirale des Kreises zu drehen und neue Fehlbeträge einzustellen.

Es sei denn, man hat mit dem Kreis Demmin schon abgeschlossen und was nach dem Jahr 2011 kommt, ist einem ziemlich egal.

Das aber ist nicht die Position meiner Fraktion.

Deshalb lehnen wir den Antrag der CDU-Fraktion zur Absenkung der Kreisumlage ab.

Hinzu kommt, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, dass mich ihre Parteifreunde erst letzte Woche während der Landtagssitzung immer wieder belehrt haben, dass eine

verantwortungsvolle Politik neues Schulden machen ausschließt.

Was in Schwerin Grundlage von CDU-Politik ist, sollte es auch in Demmin sein.

Ich bitte Sie daher sich lieber dafür einzusetzen, dass auch unser Landkreis von den Maßnahmen der Konjunkturpakete des Bundes und des Landes profitieren kann, denn auch der Landkreis Demmin hat einen großen Investitionsstau.

Das kommunale Investitionsprogramm muss also so schnell wie möglich umgesetzt werden.

Dazu sind dringend die rechtlichen und formalen Voraussetzungen zu schaffen.

Hier könnten auch Sie den Druck erhöhen.

Außerdem nützt es wenig, wenn die Mittel zweckgebunden ausgereicht werden und sozusagen ein Vergaberat in Schwerin entscheidet, welche Investitionen im Landkreis Demmin wichtig sind.

Das hat mit kommunaler Selbstverwaltung nun gar nichts zu tun.

Ähnlich der kommunalen Infrastrukturpauschale, sind die Mittel unbürokratisch und pauschal und rasch weiterzuleiten.

Das Land muss den Kommunen so weit es geht bei der Beschaffung von Eigenanteilen helfen.

Das was geplant ist, reicht bei weitem nicht aus.

Ein bürokratischer Fonds für kommunale Finanzhilfen mit gerade mal 10 Mio Euro ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

Deshalb unser Antrag zur Förderung von Infrastrukturinvestitionen, um dessen Zustimmung ich Sie bitte.

Meine Damen und Herren,

während die Bundesregierung innerhalb kürzester Zeit einen Schirm für Banken gespannt hat, blieben Bürgerinnen und Bürger, blieben die Kommunen viel zu lange im Regen stehen.

Bisher ist noch kein einziger Euro vom Bund oder vom Land für zusätzliche Investitionen geflossen.

Es gibt nach wie vor mehr Fragen als Antworten. Immer noch fehlt beispielsweise ein einheitlicher Ansprechpartner beim Land.

Wie das Geld aus dem Bundespaket schnell bei den Kommunen ankommen soll, ist noch immer nicht geklärt.

Deshalb unterstützt meine Fraktion den heute von der SPD-Fraktion eingebrachten Antrag zur schnellstmöglichen Umsetzung von Zukunftsinvestitionen im Rahmen der Konjunkturprogramme.

Meine Damen und Herren,

nur am Rande will ich erwähnen, dass Forderungen nach einer umfassenden Gemeindefinanzreform immer noch nicht erfüllt sind.

Was wir brauchen ist eine völlig neue Finanzverteilung. Aktuell stehen die Kommunen, erst Recht die Landkreise bei der Verteilung von Einnahmen und Steuern an letzter Stelle.

Den letzten beißen bekanntlich die Hunde.

Dabei sind es die Städte, Gemeinde und Kreise die den ÖPNV, die Kinderbetreuung, das Schulnetz, Bildungs-, Freizeit-, und Sportangebote - eben die Lebensqualität vor Ort sichern.

Auch nur am Rande erwähnen will ich, dass noch niemand über die Rückzahlung der jetzt in die Konjunkturpakete eingestellten vermeintlichen Wohltaten gesprochen hat.

Es steht zu befürchten, dass Bund und Land nach den Bundestagswahlen versuchen werden, ihre Haushaltsdefizite durch Steuererhöhungen oder Mittelkürzungen wieder auszugleichen.

Was unseren Landkreis betrifft, lassen sie mich abschließend noch auf folgendes verweisen:

Unser Kreis profitiert ausgerechnet von den Maßnahmen, die die Kaufkraft stärken sollen- Stichwort Einkommenssteuersenkung, sehr viel weniger als andere Regionen. Warum das so ist, liegt auf der Hand:

In unserem Kreis leben überdurchschnittlich viele Menschen von Sozialleistungen, überdurchschnittlich viele Menschen von Niedriglöhnen. Und auch Rentnerinnen und Rentner profitieren gar nicht oder nur marginal von diesem Paket.

Deshalb sind wir aufgefordert, aus dem wenig Möglichen, das maximal Machbare zu gestalten.

Deshalb stimmt die Fraktion DIE LINKE dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf zu.